



Protokoll

Gremium:	Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung
Sitzungstermin:	Mittwoch, 20.08.2025
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	18:54 Uhr
Raum, Ort:	Huldigungssaal, Rathaus, Eingang K, Am Ochsenmarkt 1, 21335 Lüneburg

Anwesenheitsliste

Beschließende Mitglieder

Dr. Corinna Maria Dartenne

Anna Bauseneick

Thomas Dißelmeyer

Jule Grunau

Andrea Kabasci

Vertretung für: Martin Lühmann

Antje Henze

Vertretung für: Andrea Schröder-Ehlers

Christian-Tobias Gerlach

Vertretung für: Alexander Schwake

Grundmandat

Cornelius Grimm

Vertretung für: Eike Freitag

Verwaltung

Matthias Rink

Sebastian Prigge

Manuel Vogel

Isabell Junkereit

Eckhard Pols

Carl-Ernst Müller

Gäste

Felix Manzke, GF LüneParken

Oliver Schmitz, GF GfA

Dr. Heike Düselder, Vorsitzende Museumsstiftung

Lars Strehse, GF AGL

Dirk Günther, GF Kurzentrum

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Wahl des Vorsitzes	
4	Genehmigung des Protokolls vom 29.04.2025	
5	Genehmigung des Protokolls vom 10.06.2025	
6	Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil - Übersicht der Gewerbetreibenden in Lüneburg	
7	Einwohnendenfragen	
8	Lüneburger Parkhaus und Parkraum Verwaltungs-GmbH - Jahresabschluss 2024 Weisungen an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/11987/25
9	GfA Lüneburg gkAöR - Jahresabschluss 2024 - Zustimmung zu den Beschlüssen des Verwaltungsrates	BV/11972/25
10	Museumstiftung Lüneburg - Jahresabschluss 2024	MV/11959/25
11	Abwasser, Grün & Lüneburger Service GmbH - Erwerb von Gesellschaftsanteilen an der Kommunalen Nährstoffrückgewinnung Niedersachsen GmbH (KNRN) Weisungen an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung	BV/11989/25
12	Prüfungsmitteilung vom 09.07.2025 zur überörtlichen Prüfung des Niedersächsischen Landesrechnungshofs "Der demografische Wandel als Herausforderung für die kommunale Wohnungswirtschaft"	BV/11973/25
13	Fortschreibung der Digitalisierungsstrategie der Hansestadt Lüneburg	MV/11986/25
14	Antrag "Optimierung des Antragsverfahrens für Handwerkerparkausweise" (Antrag der FDP-Fraktion vom 28.07.2025, eingegangen am 29.07.2025)	AT/11991/25
15	Antrag "Verbesserung der Park- und Vergabepraxis für Handwerksbetriebe" (Antrag der CDU-Fraktion vom 29.07.2025, eingegangen am 29.07.2025)	AT/11992/25
16	Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende Ratsfrau Dr. Dartenne begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Gäste und die Mitglieder der Verwaltung zur heutigen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung im Huldigungssaal. Anschließend stellt sie bei Anwesenheit von sieben Ausschussmitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

Zu TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Stellvertretende Vorsitzende Ratsfrau Dr. Dartenne stellt den Antrag, die Tagesordnungspunkte 14 und 15 zusammen zu behandeln.
Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Zu TOP 3 Wahl des Vorsitizes

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung fasst einstimmig folgenden Beschluss:
Ratsfrau Bauseneick wird zur Ausschussvorsitzenden gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Aufgrund des Ausscheidens von Herrn Pols hat die Fraktion der CDU das Vorschlagsrecht zur Wahl des Vorsitizes. Ratsherr Gerlach schlägt Ratsfrau Bauseneick als Ausschussvorsitzende vor. Es gibt keine weiteren Vorschläge.
Ratsfrau Bauseneick wird in öffentlicher Wahl einstimmig zur Ausschussvorsitzenden gewählt.
Ratsfrau Bauseneick nimmt die Wahl an.

Zu TOP 4 Genehmigung des Protokolls vom 29.04.2025

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 29.04.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Zu TOP 5 Genehmigung des Protokolls vom 10.06.2025

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 10.06.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Zu TOP 6 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil - Übersicht der Gewerbetreibenden in Lüneburg

Beratungsinhalt:

Stadtrat Rink berichtet über eine Mitteilung der Medien vom 11.08.2025. In dieser Mitteilung hieß es, dass der Kurzentrum Lüneburg Kurmittel GmbH Einnahmen fehlen würden. In dem Artikel wird der Geschäftsführer, Herr Günther, zitiert, weshalb Stadtrat Rink ihm hier die Möglichkeit zur Stellungnahme geben möchte.

Herr Günther sei überrascht gewesen über den Wortlaut des Artikels. Der Sachverhalt sei weder geheim, noch sei die Politik nicht informiert gewesen, wie es in dem Artikel geheißen habe.

Die Zahlen seien im Rahmen des Jahresabschlusses 2023 sowie des Wirtschaftsplans 2025 öffentlich im Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung besprochen worden. Zudem seien alle Beschlüsse zum Aktiendepot der Gesellschaft in den Gremien beschlossen worden.

Des Weiteren erläutert Stadtrat Rink, auf Bitten der FDP-Fraktion, die Gewerbesteuerstruktur in der Hansestadt Lüneburg (siehe Anlage). Zukünftig werde diese Übersicht weitergeführt werden und jährlich im Ausschuss präsentiert werden.

Als Nächstes gibt Stadtrat Rink Herrn Pols das Wort, um über seine Arbeit als neuer Wirtschafts- lotse zu berichten.

Herr Pols ist seit knapp 100 Tage als Wirtschafts- lotse tätig. Er berichtet über die vielfältigen Themen seiner Arbeit, wie den Kontakt mit Unternehmen, um neue Standorte zu finden oder Sachverhalte rund um den Neubau der A39. Ein aktuelles Thema sei auch die bevorstehende

Schließung des Jungheinrich Standortes in Lüneburg. Herr Pöls betont, dass sich die Verwaltung der Bedeutung der ortsansässigen Wirtschaft bewusst sei.

Ratsherr Dißelmeyer dankt Herrn Pöls für seine Arbeit. Er möchte wissen, ob Herr Pöls auf die Unternehmen zugegangen sei oder diese sich bei ihm gemeldet hätten.

Herr Pöls antwortet, dass größtenteils er die Unternehmen angesprochen habe, um die Stelle des Wirtschaftslotsen bekannt zu machen, einige Unternehmen aber auch den Kontakt zu ihm aufnahmen. Herr Pöls geht davon aus, dass die direkte Ansprache im Laufe der Zeit noch zunehmen werde.

Vorsitzende Ratsfrau Bauseneick dankt Herrn Pöls und schlägt vor, dass Herr Pöls erneut über seine Arbeit berichtet, wenn sich die Stelle des Wirtschaftslotsen etabliert habe.

Anlage 1 TOP6 Übersicht Gewerbesteuer

Zu TOP 7 Einwohnendenfragen

Beratungsinhalt:

- keine -

Zu TOP 8 Lüneburger Parkhaus und Parkraum Verwaltungs-GmbH - Jahresabschluss 2024 Weisungen an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung BV/11987/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Verwaltungsausschuss einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung der Lüneburger Wohnungsbau GmbH werden angewiesen, die Beteiligungsvertreter der Lüneburger Wohnungsbau GmbH für die Gesellschafterversammlung der Lüneburger Parkhaus und Parkraum Verwaltungs- GmbH anzuweisen, der Feststellung des Jahresabschlusses 2024 zuzustimmen und den ausgewiesenen Jahresüberschuss in Höhe von 105.275,29 € in die Gewinnrücklage einzustellen. Darüber hinaus ist der Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2024 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Manzke, Geschäftsführer der Lüneburger Parkhaus und Parkraum Verwaltungs-GmbH, stellt den Jahresabschluss 2024 vor. Die Gesellschaft schließe das Jahr 2024 mit einem Jahresüberschuss von 105 T€ ab, was vor allem auf die gute Auslastung der Wohnmobilstellplätze zurückzuführen sei.

Ratsherr Dißelmeyer fragt nach den Auswirkungen der neuen Parkhaustarife.

Herr Manzke gibt an, dass die Auswirkungen nicht genau abschätzbar seien, es durch die Ein-

führung der kostenfreien ersten Stunde jedoch zu Verlusten kommen werde.

Um 16.26 Uhr erscheint Herr Grimm zur Sitzung.

**Zu TOP 9 GfA Lüneburg gkAöR - Jahresabschluss 2024 - Zustimmung zu den Beschlüssen des Verwaltungsrates
BV/11972/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Den im Verwaltungsrat der GfA Lüneburg – gkAöR gefassten Beschlüssen zum Jahresabschluss 2024 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Schmitz, Geschäftsführer der GfA Lüneburg gkAöR (GfA), erläutert den Jahresabschluss 2024. Die GfA habe 2024 einen Jahresüberschuss von 2.500 T€ erwirtschaftet.

Ratsherr Dißelmeyer bedankt sich für den positiven Bericht der GfA.

**Zu TOP 10 Museumsstiftung Lüneburg - Jahresabschluss 2024
MV/11959/25**

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Beratungsinhalt:

Frau Dr. Düselder, Vorsitzende der Museumsstiftung Lüneburg, stellt den Jahresabschluss 2024 der Museumsstiftung Lüneburg vor. Die Museumsstiftung schließe das Jahr mit einem Jahresfehlbetrag von 16 T€ ab. Durch die Zuschüsse der Hansestadt Lüneburg liege der Jahresfehlbetrag deutlich unter dem geplanten Defizit. Des Weiteren berichtet Frau Dr. Düselder von dem durchgeführten Gutachten zur Museumsstiftung. Dieses gebe gute Impulse jedoch seien nicht alle aufgeführten Maßnahmen zur Umsatzsteigerung umsetzbar. Die Museumsstiftung sei dauerhaft auf die Zuschüsse der Hansestadt Lüneburg angewiesen.

Ratsfrau Dr. Dartenne freut sich über das bessere Ergebnis als ursprünglich vorgesehen. Sie bittet hier weiterhin von der Lage der Museumsstiftung zu berichten.

Ratsherr Grimm fragt nach, was die Bewirtschaftungskosten der Grundstücke und Gebäude beinhalten, da diese relativ hoch seien.

Frau Dr. Düselder teilt mit, dass dieser Posten sowohl die Energiekosten, als auch die Wartung von z.B. technischen Anlagen von insgesamt acht Gebäuden beinhalte.

Ratsherr Grimm möchte wissen, wie hoch die Kosten des Bunkers in Oedeme seien.

Frau Dr. Düselder antwortet, dass der Bunker in Oedeme sehr hohe Kosten verursache.

Ratsfrau Henze dankt Frau Dr. Düselder für ihre Arbeit. Sie führt aus, dass Museen immer auf Zuschüsse angewiesen seien, um ihre Kosten zu decken, weshalb auch die Museumsstiftung Lüneburg weiterhin auf die Zuschüsse der Hansestadt Lüneburg angewiesen sei. Im Anschluss fragt sie nach dem aktuellen Stand der neuen Zuschussvereinbarung.

Stadtrat Rink teilt mit, dass derzeit ein Entwurf von allen beteiligten Parteien abgestimmt werde. Zunächst wolle man das fertige Gutachten abwarten. Da dies nun vorliege, gäbe es bereits weitere Termine zur Abstimmung des Entwurfs der neuen Zuschussvereinbarung.

Ratsherr Gerlach möchte wissen, welche Maßnahmen das Gutachten beinhalte und welche umgesetzt werden. Zudem fragt er, ob zukünftig auch an Schulen und Kindertagesstätten herangetreten werde.

Frau Dr. Düselder führt aus, dass es eine ganze Reihe von Maßnahmen gäbe und auf Schulen zugegangen werde. Dies steigere zwar die Besucherzahlen des Museums, führe aber kaum zu Erträgen. Eine weitere große Zielgruppe seien auch die Senioren, hier sehe sie ein wachsendes Potenzial.

Ratsherr Dißelmeyer möchte wissen, wann mit einer fertigen Zuschussvereinbarung zu rechnen sei.

Stadtrat Rink erklärt, dass das Ziel sei, die Zuschussvereinbarung noch in diesem Jahr abzuschließen, um der Museumsstiftung Sicherheit zu geben.

Ratsfrau Kabasci bittet um Veröffentlichung des Gutachtens.

Stadtrat Rink antwortet, dass das Gutachten im Kultur- und Partnerschaftsausschuss am 20.11.2025 besprochen werde, das Gutachten aber gerne schon vorab veröffentlicht werden könne.

Zu TOP 11 Abwasser, Grün & Lüneburger Service GmbH - Erwerb von Gesellschaftsanteilen an der Kommunalen Nährstoffrückgewinnung Niedersachsen GmbH (KNRN)

**Weisungen an die städtischen Beteiligungsvertreter in der Gesellschafterversammlung
BV/11989/25**

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Beteiligung der Abwasser, Grün & Lüneburger Service GmbH an der Kommunalen Nährstoffrückgewinnung Niedersachsen GmbH (KNRN) durch Übernahme eines Geschäftsanteils im Nennwert von 5.000 €, der Leistung einer einmaligen Gesellschaftereinlage in die Kapitalrücklage der KNRN in Höhe von 145.000 € sowie eines einmaligen Aufgeldes (Agio) in Höhe von 20.000 € sowie der weiteren Kapitalrücklage in Höhe von 607.143 € wird zugestimmt.
2. Der Betrauung der KNRN durch die AGL mit gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen nach Maßgabe des als Anlage beigefügten Betrauungsaktes (Vertrag über die Verwertung von Klärschlämmen und Rückgewinnung von Nährstoffen – Klärschlammverwertungsvertrag) wird zugestimmt.
3. Die Beteiligungsvertreter der Hansestadt Lüneburg in der Gesellschafterversammlung der Abwasser, Grün & Lüneburger Service GmbH werden angewiesen, zur Kenntnis zu nehmen, dass die als Anlage beigefügte Betrauung den Inhalt der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung der KNRN wiedergibt.
4. Die Beteiligungsvertreter der Hansestadt Lüneburg in der Gesellschafterversammlung

der Abwasser, Grün & Lüneburger Service GmbH werden angewiesen, der Geschäftsführung die Freigabe zu erteilen alle notwendigen Rechtsakte zu veranlassen, Erklärungen abzugeben und rechtsverbindliche Verträge zu schließen, die für den Erwerb von Gesellschaftsanteilen an der KNRN notwendig sind.

5. Frau Oberbürgermeisterin Kalisch wird beauftragt, die als Anlage beigefügte „harte Patronatserklärung“ zugunsten der Abwasser, Grün & Lüneburger Service GmbH abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Enthaltung:	0

Beratungsinhalt:

Herr Strehse, Geschäftsführer der AGL, erläutert den Grund für die Beteiligung der AGL an der Kommunalen Nährstoffrückgewinnung Niedersachsen GmbH (KNRN). Durch die Verordnung zur Neuordnung der Klärschlammverwertung sei eine generelle Verwendung des Klärschlammes in der Landwirtschaft oder im Landschaftsbau nicht mehr zulässig. Die AGL könne sich an der KNRN mit ihrem Neubau einer Monoverbrennungsanlage beteiligen, um dauerhaft eine verlässliche Entsorgung der Klärschlämme und das Phosphorrecycling gewährleisten zu können.

Ratsfrau Dr. Dartenne möchte wissen, weshalb das Bankenkonsortium aus Hamburg und Hessen komme.

Herr Strehse gibt an, dass dies die Entscheidung der Gesellschafter der KNRN gewesen sei.

Ratsherr Grimm fragt nach der Menge des zu entsorgenden Klärschlammes pro Jahr.

Laut Herrn Strehse werden derzeit ca. 12.000 Tonnen Klärschlamm pro Jahr entsorgt.

Ratsherr Grimm möchte wissen wie der Transport des Klärschlammes nach Hildesheim zur Verbrennungsanlage erfolgt. Die Verbrennungsanlage verfüge über einen trimodalen Verkehrsanschluss, sei also über Wasser, Schiene und Straße erreichbar. Präferiert werde von der Geschäftsführung der Transport per Schiff oder Bahn. Daraufhin fragt Ratsherr Grimm, ob dies zu höheren Gewinnen beim Lüneburger Hafen führen werde. Herr Strehse antwortet, dass die Mengen nicht strategisch ausschlaggebend seien.

Zu TOP 12 Prüfungsmitteilung vom 09.07.2025 zur überörtlichen Prüfung des Niedersächsischen Landesrechnungshofs "Der demografische Wandel als Herausforderung für die kommunale Wohnungswirtschaft"
BV/11973/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung empfiehlt dem Rat der Hansestadt Lüneburg einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Prüfungsmitteilung des Niedersächsischen Landesrechnungshofes vom 09.07.2025 wird zur Kenntnis genommen und ist somit gemäß § 5 Absatz 1 Niedersächsisches Kommunalprüfungsgesetz (NKPG) bekannt gegeben. Die Verwaltung wird beauftragt, die Bekanntmachung und Auslegung gemäß § 5 Abs. 2 NKPG zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0

Enthaltung: 0

Beratungsinhalt:

Stadtrat Rink berichtet über die Prüfungsmitteilung des Niedersächsischen Landesrechnungshofs zur überörtlichen Prüfung „Der demografische Wandel als Herausforderung für die kommunale Wohnungswirtschaft“. Die Hansestadt Lüneburg sei als Gesellschafter stolz auf die Arbeit der Lüneburger Wohnungsbau GmbH (LüWo).

Ratsfrau Kabasci ist von dem Ergebnis der Prüfungsmitteilung positiv überrascht und fragt nach dem Anlagenabnutzungsgrad der LüWo.

Die LüWo übermittelt folgende Werte des Anlagenabnutzungsgrades: 2022 = 39,48 %, 2023 = 40,87 %, 2024 = 41,55 %. Zudem teilt die LüWo mit, dass Zuschüsse z.B. von der Stadt oder der NBank direkt vom Anlagevermögen abgesetzt werden und somit bei Unternehmen mit viel gefördertem Wohnungsneubau, wie der LüWo, das Anlagevermögen geringer und der Anlagenabnutzungsgrad höher ist.

Ratsfrau Henze spricht über die Herausforderungen im Wohnungsbau in den nächsten Jahren, wie die Sicherung des Neubaus und altersgerechtes Wohnen. Zudem solle man ihrer Ansicht nach die erwirtschafteten Gewinne in der Gesellschaft belassen, um die Liquidität zu steigern.

Stadtrat Rink wendet ein, dass die entsprechenden Gremien über eine Gewinnausschüttung an die Gesellschafter entscheiden würden und die LüWo nur ein bestimmtes Investitionsvolumen pro Jahr umsetzen könne. Der nächste Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung am 10.09.2025 findet bei der LüWo statt, dann gäbe es die Möglichkeit dieses Thema zu diskutieren.

Zu TOP 13 Fortschreibung der Digitalisierungsstrategie der Hansestadt Lüneburg MV/11986/25

Beschluss:

Die Informationen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Beratungsinhalt:

Herr Müller, Chief Digital Officer, erläutert die Digitalisierungsstrategie der Hansestadt Lüneburg. Unter anderem berichtet er von einer Kooperation mit der Universität München bzgl. der Entwicklung von Voicebots für die Telefonzentrale. Zudem seien Schulungen für Mitarbeitende zum Thema KI gestartet. Des Weiteren gäbe es bereits ein Projekt, mit dem KI-gestützt der Zustand der Lüneburger Straßen erfasst werde. Die Digitalisierungsstrategie solle kontinuierlich weiterentwickelt werden.

Ratsherr Grimm fragt nach, ob der Zeitplan aus der Digitalisierungsstrategie eingehalten werden könne und wie hoch die Einsparungen durch den Einsatz von KI seien, da im Haushaltsplan die Rede von Einsparungen i.H.v. 100 Millionen Euro seien.

Herr Müller ist optimistisch, dass der Zeitplan eingehalten werden könne, die Einsparungen seien jedoch noch nicht messbar.

Stadtrat Rink führt aus, dass es durch den Einsatz von KI zu Einsparungen kommen werde, zunächst aber Investitionen erforderlich seien. Erst am Ende der Einführung der Maßnahmen gäbe es messbare Effekte.

Herr Prigge korrigiert, dass die Summe der Einsparungen durch den Einsatz von KI nicht bei 100 Mio. € liegt. Die Summe in Höhe von 98 Mio. € stellen die Gesamtpersonalaufwendungen dar und werden im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes als Bezugsgröße genannt. Durch den Einsatz von KI könnten die Personalaufwendungen anteilig gesenkt werden.

Ratsfrau Grunau möchte wissen wo ein Einsatz von Robotern in der Verwaltung möglich sei und wo es Einsparungspotenziale gäbe.

Stadtrat Rink berichtet, dass KI vor allem als technisches Hilfsmittel im Hintergrund eingesetzt werden könne, den menschlichen Kontakt jedoch nicht vollkommen ersetzen könne.

Ratsherr Dißelmeyer begrüßt die Behandlung der Vorlage in diesem Ausschuss und wünscht sich zukünftig eine weitere Behandlung dieser Vorlage im Ausschuss für Finanzen und Interne Services.

Stadtrat Rink führt aus, dass dieses Thema anhand von konkreten Maßnahmen schon Bestandteil des Ausschusses für Finanzen und Interne Services sei und eine Befassung von beiden Ausschüssen mit derselben Vorlage nicht sinnvoll sei.

Ratsherr Dißelmeyer stellt den Antrag die Vorlage MV/11986/25 ebenfalls im nächsten Ausschuss für Finanzen und Interne Services zu behandeln.

Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen abgelehnt.

Die Verwaltung weist ausdrücklich darauf hin, dass die in den Handlungsfeldern des Zielfelds „DIGITALISIERUNG & SMART CITY“ genannten Maßnahmen lediglich einen ersten Ausblick auf mögliche Umsetzungsschritte darstellen.

Zu TOP 14 Antrag "Optimierung des Antragsverfahrens für Handwerkerparkausweise" (Antrag der FDP-Fraktion vom 28.07.2025, eingegangen am 29.07.2025)
AT/11991/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung fasst mehrheitlich folgenden Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird aufgrund weiteren Beratungsbedarfs vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	1
Enthaltung:	1

Beratungsinhalt:

Ratsherr Grimm erläutert, dass der Antrag der FDP auf einer Analyse der Handwerkskammer zur Beantragung von Handwerkerparkausweisen beruhe. Diese Analyse stuft die Hansestadt Lüneburg in einem Ampelsystem unter Rot ein. Ratsherr Grimm kritisiert das Antragsverfahren. Zudem bemängelt er, dass die Antworten der Verwaltung in ihrer Stellungnahme auf den Antrag ausweichend seien.

Ratsherr Gerlach ist erfreut, dass sich einige der geforderten Punkte im Antrag der CDU bereits in der Umsetzung befinden würden. Die Stellungnahme der Verwaltung fordere eine Konkretisierung des Antrags hinsichtlich der Schaffung von zusätzlichen Parkflächen für Handwerker (Punkt 5). Dies sehe Ratsherr Gerlach als nicht zumutbar und sehe die Verantwortung hierfür bei der Stadtverwaltung.

Herr Pols ruft nun die Homepage der Hansestadt Lüneburg auf, um den derzeitigen Stand der Website zur Beantragung eines Handwerkerparkausweises zu zeigen. Danach zeigt er eine Website zum Antragsverfahren für eine Ausnahmegenehmigung für ein mobiles Park- und Haltever-

bot. Er berichtet, dass die Bearbeitungszeit für die Anträge von Handwerkerparkausweisen bei 1-2 Tagen liege, zudem sei auf der Internetseite eine Telefonnummer für Notfallsituationen angegeben.

Ratsherr Gerlach fordert, dass es bei dem Parken ohne Handwerkerparkausweis in Notfallsituationen kein Bußgeld geben solle.

Ratsherr Grimm kritisiert, dass die zweite von Herrn Pols gezeigte Website nicht die Beantragung eines Handwerkerparkausweises darstelle. Er bemängelt, dass das derzeitige Verfahren der gleichen Praxis wie vor 10-15 Jahren entspreche.

Ratsfrau Dr. Dartenne berichtet aus ihrer persönlichen Erfahrung, dass die Bearbeitungszeit von 1-2 Tagen kein Problem sei.

Herr Pols gibt zu, dass die Website in einigen Punkten Verbesserungspotenzial habe, diese jedoch nicht so schlecht sei, wie es dargestellt werde.

Ratsherr Grimm fordert, dass der komplette Prozess zur Beantragung digitalisiert werden solle.

Laut Stadtrat Rink werden die Fehler auf der Website korrigiert.

Ratsherr Gerlach fordert die Benennung einer konkreten Ansprechperson auf der Website. Des Weiteren schlägt er vor die Handwerkskammer zum nächsten Ausschuss einzuladen, um deren Meinung anzuhören.

Ratsfrau Grunau sieht ebenfalls einen Optimierungsbedarf der Website, empfindet die Einladung der Handwerkskammer jedoch nicht für notwendig, da die Stadtverwaltung bereits an der Website arbeite.

Herr Pols findet, dass es schwierig sei eine direkte Ansprechperson zu benennen und eine zentrale Telefonnummer/E-Mail im Vertretungsfall besser besetzt sei.

Ratsherr Gerlach stellt den Antrag die Handwerkskammer zum nächsten Ausschuss einzuladen. Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen angenommen.

Ratsherr Grimm stellt den Antrag die IHK und die Handwerkskammer zum nächsten Ausschuss einzuladen. Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen angenommen.

Ratsherr Gerlach stellt den Antrag auf Vertagung der Anträge der FDP und der CDU. Der Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Enthaltung angenommen.

Zu TOP 15 **Antrag "Verbesserung der Park- und Vergabepraxis für Handwerksbetriebe" (Antrag der CDU-Fraktion vom 29.07.2025, eingegangen am 29.07.2025)**
AT/11992/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft, städtische Beteiligungen und Digitalisierung fasst mehrheitlich folgenden Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird aufgrund weiteren Beratungsbedarfs vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 1
Enthaltung: 1

Beratungsinhalt:

Siehe Beratungsinhalt zu TOP 14

**Zu TOP 16 Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen
Angelegenheiten**

Beratungsinhalt:

- keine -

Anna Bauseneick

Matthias Rink

Isabell Junkereit

Vorsitz

Dezernent

Protokollführung